

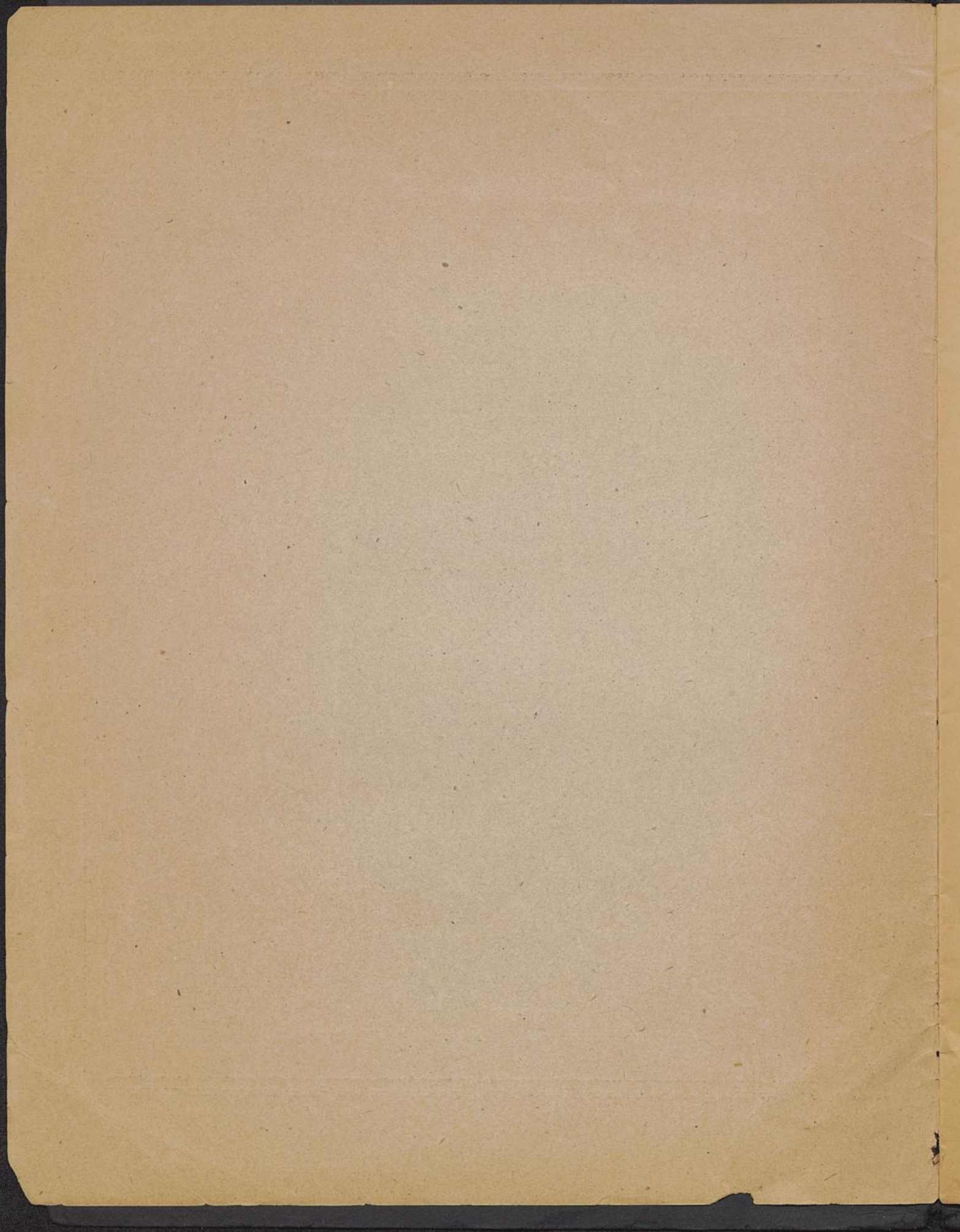
d
Vorjubil
R.

Der
Irrtum Lichnowskys.

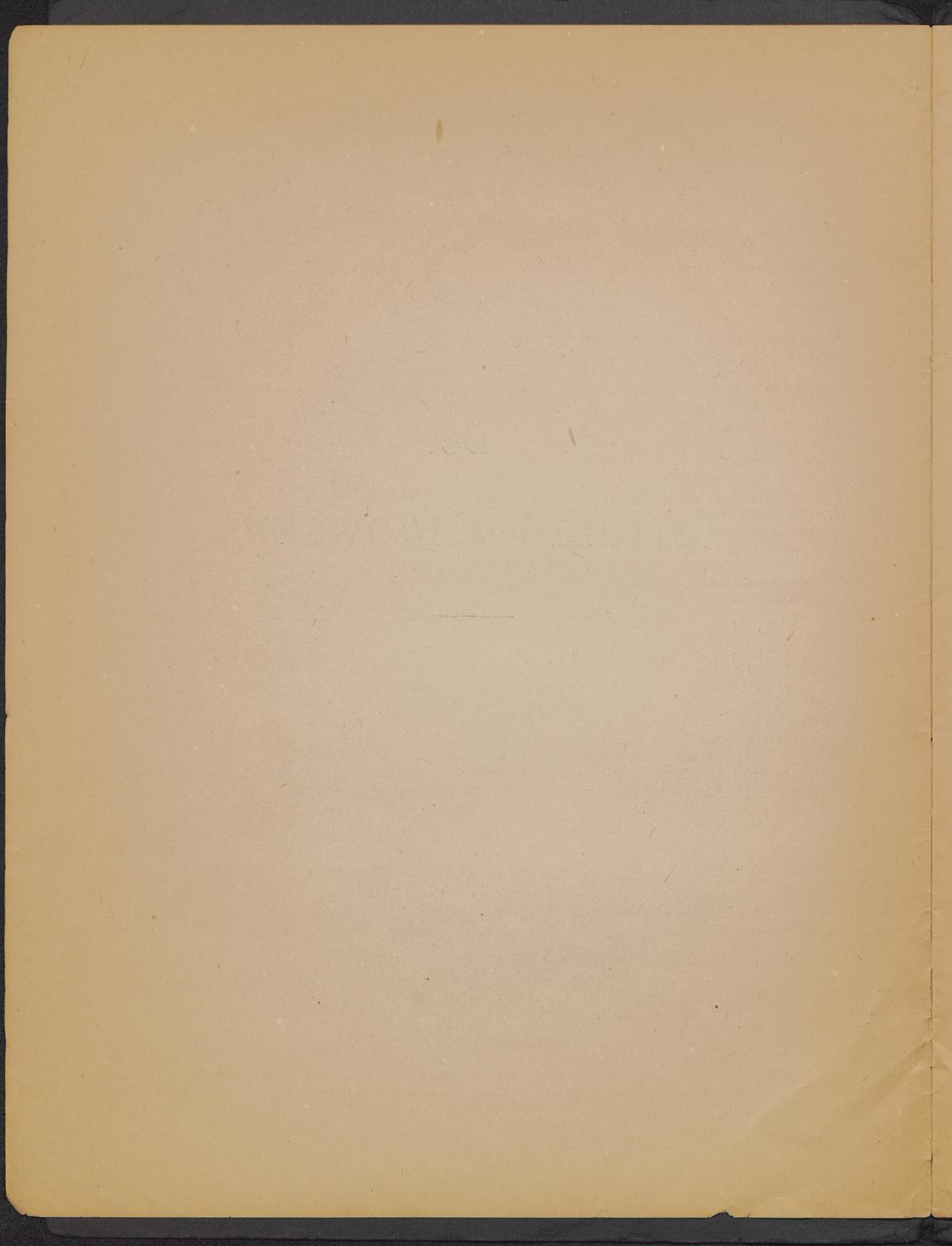


BERLIN 1918.

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt.



Der
Irrtum Lichnowskys.



Fürst Lichnowsky war Botschafter in London, als der Krieg ausbrach. Er war also weder bei den Vorgängen in Berlin noch in Wien, die er in seiner Denkschrift so lebhafter Kritik unterzieht, persönlich beteiligt, erlebte vielmehr die entscheidenden Tage an dem Platze, an dem die englische amtliche Politik vielleicht am vorsichtigsten stets alle Möglichkeiten nach außen hin offen gehalten hat, ohne sich dadurch in der Energie der Verfolgung ihrer wirklichen Pläne beeinträchtigen zu lassen. Diese Pläne waren festgelegt in der berühmten Gleichgewichtspolitik, für die die Einkreisungstendenzen nur eine neue Aeußerung bildeten. Wenn Fürst Lichnowsky dann in seiner Broschüre die Offenhaltung der Möglichkeiten zur Grundlage seiner Schlüsse gemacht hat, so heißt das eben, daß er die Form mit dem Inhalt verwechselte.

Das ist die eine Quelle seiner Irrtümer. Eine andere erschließt sich darin, daß er seinerseits die Dinge vom Standpunkt eines politischen Programms aus ansah, also sein Urteil nicht auf Tatsachen stützte, sondern von Wünschen bestimmen ließ, die er selbst hegte. Vor allem schob er die Tatsache unseres Bündnisverhältnisses zu Oesterreich-Ungarn einfach beiseite und setzte an ihre Stelle ein Programm, in dem ein enges Verhältnis zu Rußland mit an erster Stelle steht. Dabei ging er aber offenbar von der Voraussetzung aus, es habe nur von Deutschland abgehungen, daß dieses enge Verhältnis nicht bestand. Die Geschichte lehrt allerdings gerade das Gegenteil. Die Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland war keineswegs durch unsere Bündnispolitik mit Oesterreich-Ungarn verursacht worden. Vielmehr war diese eine Folge der Gortschakoff'schen Neigungen zu Frankreich, wie das geschichtlich längst feststeht und auch dem Fürsten bekannt sein sollte.

Das sind die grundsätzlichen Irrtümer. Es ist klar, daß sie als Voraussetzungen der Lichnowskyschen Ausführungen eine Fülle unrichtiger Darstellungen im einzelnen zur Folge gehabt haben.

Fürst Lichnowsky meint — das ist der sachliche Kern seiner „Enthüllungen“ — Deutschland hätte die alten Sicherungen aufgeben und sich mit gläubigem Vertrauen auf den guten Willen Englands verlassen sollen. Die Enthüllungen, die im Verlaufe des Weltkrieges aus den Geheimarchiven der Entente zutage gefördert worden sind, haben erwiesen, wie dieser gute Wille Englands und seiner Verbündeten aussah. So bedeuten sie nicht nur eine Rechtfertigung Deutschlands und seiner Verbündeten für die Frage der Schuld am Kriege, sondern auch das letzte Glied in der Kette der Beweise für die Gewißheit, daß die Politik Deutschlands vor dem Kriege nur den Faktoren Rechnung getragen hat, die damals noch verhüllt, aber deutlich genug auf unsere Isolierung hindrängten.

Den Irrtümern des Fürsten Lichnowsky hat der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Staatsminister a. D. von Jagow das Gewicht der Tatsachen in einer längeren Handlung gegenübergestellt, die wir im folgenden Punkt für Punkt zusammen mit den falschen Ausführungen Lichnowskys veröffentlichen.

Sir Edward Greys Programm.

Staatsminister a. D. von Jagow:

Als ich im Januar 1913 zum Staatssekretär ernannt wurde, erachtete ich eine deutsch-englische Annäherung für erwünscht und eine Verständigung über die Punkte, wo unsere Interessen sich berührten bzw. kreuzten, auch für erreichbar. Ich wollte jedenfalls versuchen, in diesem Sinne zu wirken. Ein Hauptpunkt für uns war die mesopotamisch-kleinasiatische Frage — die sogenannte Bagdadpolitik —, da sie zu einer Prestigefrage für uns geworden war. Wollte uns England dort herausdrängen, so erschien mir ein Konflikt allerdings schwer vermeidlich. Ich habe in Berlin, sobald es mir möglich war, die Verständigung über die Bagdadbahn in Angriff genommen. Wir fanden Entgegenkommen bei der englischen

Fürst Lichnowsky:

Sir Edward Grey hatte den Gedanken, mit uns zu einer Verständigung zu gelangen, nicht aufgegeben, und versuchte es zunächst auf kolonialen und wirtschaftlichen Gebieten. Durch Vermittlung des befähigten und geschäftskundigen Botschaftsrats von Kühlmann waren Besprechungen über eine Erneuerung des portugiesischen Kolonialvertrages und über Mesopotamien (Bagdadbahn) im Gange, die das unausgesprochene Ziel verfolgten, sowohl die genannten Kolonien, wie Kleinasien in Interessensphären zu teilen. Der britische Staatsmann wollte, nachdem sowohl mit Frankreich wie mit Rußland alle Streitfragen geregelt waren, auch mit uns zu ähnlichen Abmachungen gelangen. Nicht uns zu vereinsamen,

Regierung, das Ergebnis war das bei Ausbruch des Weltkrieges beinahe fertiggestellte Abkommen.

Gleichzeitig liefen die Verhandlungen über die portugiesischen Kolonien, die von Graf Metternich eingeleitet, von Baron Marschall fortgeführt und von Fürst Lichnowsky wieder aufgenommen waren. Weitere Verständigungen über andere, z. B. ostasiatische Fragen, dachte ich später anzuschneiden, wenn die nach meiner Ansicht wichtigste Frage, die der Bagdadbahn, erst geregelt und damit ein vertrauensvolleres Ambiente geschaffen wäre. Die Flottenfrage habe ich auch beiseite gelassen, da eine Verständigung hierüber nach den gemachten Erfahrungen zunächst doch schwierig gewesen wäre.

Die albanische Frage.

Staatsminister a. D. von Jagow:

Die Anfröhlung der Albanischen Frage kann ich übergehen, da sie vor meinem Amtsantritt geschehen war. Allgemein möchte ich jedoch bemerken, dass ein so weitgehendes Desinteressement in Balkanfragen, wie Fürst Lichnowsky es befürwortet, mir nicht möglich erscheint. Es hätte dem Wesen des Bündnisses widersprochen, wenn wir wirklich vitale Interessen unserer Bundesgenossen völlig ignoriert hätten. Auch wir hatten in Algeciras von Oesterreich Sekundantendienste verlangt, und die Haltung Italiens hatte damals ernste Verstimmung bei uns erregt. Russland, obwohl es gar kein Interesse an Marokko hat, stand auch an der Seite Frankreichs. Schliesslich war es unsere Aufgabe, als Dritte im Bunde diejenigen Massnahmen zu unterstützen, die einen Ausgleich divergierender Interessen unserer Bundesgenossen ermöglichen und einen Konflikt zwischen denselben vermeiden konnten.

Es erschien mir ferner unmöglich, in Gebieten, wo die Interessen der Bündnismächte sich berühren, keine „Dreibundpolitik“ zu treiben. Italien wäre dann in Orientfragen völlig in das Ententefahrwasser getrieben und Oesterreich Russland ausgeliefert worden, der Dreibund wäre tatsächlich damit hinfällig gewesen. Und auch wir hätten, ohne jede Unterstützung unsere Interessen im Orient nicht wahrnehmen können. Dass wir aber grosse wirtschaftliche Interessen daselbst zu vertreten hatten, leugnet auch Fürst Lichnowsky nicht. Wirtschaftliche Interessen sind aber heutzutage von politischen nicht mehr zu trennen.

Dass man „in Petrograd die Unabhängigkeit des Sultans“ wollte, ist eine Behauptung, für die Fürst Lichnowsky wohl den Beweis schuldig bleiben dürfte; es würde aller Tradition der russischen Politik widersprechen. Wenn wir ferner nicht über den von Baron Marschall begründeten Einfluss in Konstantinopel geboten hätten, wäre es uns kaum möglich gewesen, unsere wirtschaftlichen Interessen in der Türkei in dem von uns gewünschten Sinne zu wahren.

Wenn Fürst Lichnowsky ferner behauptet, wir hätten Russland „unseren naturgemässen Freund und besten Nachbarn“ erst „durch die Orient- und Balkanpolitik in die Arme Frankreichs und Englands gedrängt“, so widerspricht das den geschichtlichen Tatsachen. Erst dadurch, dass Fürst Gortschakoff die russische Politik nach dem revanchelüsteren Frankreich orientierte, ist Fürst Bismarck veranlasst worden, das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn einzugehen; durch das Bündnis mit Rumänien hat er einen Riegel vor das Vordringen Russlands nach Süden geschoben. Fürst Lichnowsky verurteilt die Grundzüge der Bismarckschen Politik. Unsere Annäherungs-

sondern uns möglichst zu Teilnehmern an der bestehenden Genossenschaft zu machen, war seine Absicht. Wie es gelang, britisch-französische und britisch-russische Gegensätze zu überbrücken, so wollte er auch die britisch-deutschen möglichst beseitigen und durch ein Netz von Verträgen, zu denen schliesslich wohl auch eine Vereinbarung über die lästige Flottenfrage gehört hätte, den Weltfrieden sichern, nachdem unsere frühere Politik zu einer Genossenschaft der Entente geführt hatte, die eine gegenseitige Versicherung über Kriegsgefahr darstellte.

Fürst Lichnowsky:

Nachdem die Türkei in Europa nicht mehr zu retten war, gab es zwei Möglichkeiten gegenüber der Regelung ihrer Hinterlassenschaft: Entweder wir erklärten unser völliges Desinteressement an der Gestaltung der Grenzen auf dem Balkan und überliessen die Regelung den Balkanvölkern, oder aber wir unterstützten unsere „Bundesgenossen“, trieben Dreibundpolitik im Orient und traten dadurch aus der Rolle des Vermittlers heraus. Ich befürwortete von Anfang an die erstere Lösung — das Auswärtige Amt aber vertrat um s. entschiedenere die letztere. Der springende Punkt war die albanische Frage. Unsere „Bundesgenossen“ wünschten die Gründung eines selbständigen Staates Albanien, da Oesterreich die Serben nicht an die Adria und Italien die Griechen nicht nach Valona, ja nicht einmal nördlich von Korfu gelangen lassen wollten. Im Gegensatz hierzu förderte Russland bekanntlich die serbischen und Frankreich die griechischen Wünsche.

Statt uns mit Russland auf Grundlage der Unabhängigkeit des Sultans, den man auch in Petrograd nicht aus Konstantinopel entfernen wollte, zu einigen, und uns unter Verzicht auf militärische oder politische Eingriffe auf wirtschaftliche Interessen im Orient zu beschränken und uns mit der Zerlegung Kleinasiens in Interessenphären zu begnügen, ging unser politischer Ehrgeiz dahin, am Bosphorus zu dominieren. In Russland entstand die Meinung, der Weg nach Konstantinopel bzw. ins Mittelmeer ginge über Berlin. Statt die kräftige Entwicklung der Balkanstaaten zu fördern, die — einmal befreit — alles andere eher sind als russisch, und mit denen wir die besten Erfahrungen machten, stellten wir uns auf die Seite der türkischen und magyarischen Unterdrückung. Der verhängnisvolle Irrtum unserer Dreibund- und Orientpolitik, die unseren naturgemässen Freund und besten Nachbarn, Russland, in die Arme Frankreichs und Englands gedrängt und von der asiatischen Ausbreitungspolitik abgedrängt hatte, war um so augenfälliger, als ein russisch-französischer Ueberfall, die einzige Hypothese, die eine Dreibundpolitik rechtfertigte, aus unserer Rechnung ausscheiden konnte.

versuche an Russland scheiterten — Björkiö beweist es — oder blieben ineffektiv, wie das sogenannte Potsdamer Abkommen. Unser „bester Nachbar“ war Russland auch nicht immer. Unter der Kaiserin Elisabeth, wie jetzt, strebte es nach dem Besitz von Ostpreussen zur Ausdehnung seiner baltischen Küsten und um sich die Vorherrschaft in der Ostsee zu sichern. Das Petersburger „Fenster“ hat sich allmählich um Est- und Livland, Kurland und Finnland erweitert und nach Aland übergriffen. Polen wurde zum Aufmarschgebiet gegen uns hergerichtet. Der Panslavismus, der immer mehr die russische Politik beherrschte, hatte direkt antideutsche Tendenzen.

Wir haben auch Russland nicht „von der asiatischen Ausbreitungspolitik“ abgedrängt, sondern nur seinen Uebergriffen in die europäische, seiner Umklammerung unseres österreichisch-ungarischen Bundesgenossen zu wehren gesucht.

Botschafterkonferenz.

Staatsminister a. D. von Jagow:

Ebensowenig wie Sir E. Grey haben wir gewollt, dass es wegen Albanien zum Kriege käme. Darum haben wir, trotz schlechter Erfahrungen in Algieras, in eine Konferenz gewilligt. Das Verdienst einer „vermittelnden Haltung“ auf der Konferenz soll Sir E. Grey nicht abgesprochen werden; dass er „sich keineswegs auf Seite der Entente stellte“, ist denn aber doch wohl etwas viel gesagt. Er hat gewiss öfters in Petersburg (wie wir in Wien) zum Nachgeben geraten und „Einigungsformeln“ gefunden, nach aussen hin aber vertrat er die Entente, da er ebensowenig wie wir seine Sozien im Stich lassen wollte, noch konnte. Dass wir andererseits „ohne Ausnahme den Standpunkt vertreten“ hätten, „der uns von Wien vorgeschrieben wurde“, ist absolut unrichtig. Wir haben, wie England, eine „ausgleichende Rolle gespielt“ und auch in Wien weit mehr zur Nachgiebigkeit und Mässigung geraten, als Fürst Lichnowsky zu wissen scheint oder vorgibt. Wien hat denn auch verschiedentlich weitgehende Konzessionen gemacht (Dibra, Djakowa). Wenn Fürst Lichnowsky, der immer klüger sein wollte als das Auswärtige Amt, und der sich von Ententevertretern offenbar stark beeindrucken liess, dies nicht gewusst hat, so soll er doch jetzt keine falschen Behauptungen aufstellen! Wenn freilich das Mass des Nachgebens, das erforderlich war, in Wien erreicht war, so mussten wir auf der Konferenz auch selbstverständlich den österreichischen Standpunkt vertreten. Der Botschafter Szögyeni gehörte selbst nicht zu den Extremen; in Wien war man mit seiner Haltung keineswegs immer zufrieden. Dass der Botschafter, mit dem ich beinahe täglich verhandelte, fortgesetzt den Refrain des casus foederis spielen liess, ist mir gänzlich unbekannt. Richtig ist allerdings, dass Fürst Lichnowsky in Wien schon von früher her nicht als Freund Oesterreichs galt. Doch sind mir Klagen über ihn mehr von seiten des Marquis San Giuliano, als von seiten des Grafen Berchtold zu Ohren gekommen.

König Nikitas Besitznahme von Skutari war ein Hohn auf die gesamte Konferenz und eine Brückierung aller dort beschliessenden Mächte.

Russland hat keineswegs „überall vor uns zurückweichen“ müssen, es hat im Gegenteil verschiedentlich „den serbischen Wünschen Erfolg“ verschafft, sogar einige Städte und Landstriche, die als rein oder vorwiegend albanisch gelten konnten, wurden Serbien zugeteilt. Fürst Lichnowsky sagt, dass „der Verlauf der Konferenz eine neue Demütigung für das russische

Fürst Lichnowsky:

Der britische Staatsmann nahm von Anfang an die Haltung ein, dass England an Albanien kein Interesse habe, wegen dieser Dinge also nicht gewillt war, es auf einen Krieg ankommen zu lassen. Er wollte als „ehrlicher Makler“ lediglich zwischen den beiden Gruppen vermitteln und Schwierigkeiten beilegen. Er stellte sich daher keineswegs auf die Seite der Ententegenossen und hat während der Dauer der achtmonatigen Unterhandlungen durch guten Willen und durch seinen massgebenden Einfluss nicht unwesentlich zur Einigung beigetragen. — Statt dass wir eine der englischen analoge Haltung einnahmen, vertraten wir ohne Ausnahme den Standpunkt, der uns von Wien aus vorgeschrieben war.

Sir Edward Grey leitete die Verhandlungen mit Umsicht, Ruhe und Takt. Wenn eine Frage sich zu verwickeln drohte, entwarf er eine Einigungsformel, die das Richtige traf und auch stets Annahme fand.

Russland hatte überall vor uns zurückweichen müssen, da es niemals in der Lage war, den serbischen Wünschen Erfolg zu verschaffen. Albanien war als österreichischer Vasallenstaat errichtet und Serbien vom Meere verdrängt. Der Verlauf der Konferenz war daher eine neue Demütigung für das russische Selbstbewusstsein.

Ich sagte ihm, dem Grafen Mensdorff, später einmal: „Die Stimmung in Russland ist wohl sehr anti-deutsch?“ Er entgegnete: „Es gibt aber auch sehr starke und einflussreiche pro-deutsche Kreise. Man ist aber allgemein anti-österreichisch, — sehr anti-österreichisch! Es erübrigt sich, hinzuzufügen, dass unsere Austrophilie à outrance nicht gerade geeignet war, die Entente zu lockern und Russland seinen asiatischen Interessen zuzuführen.“

Selbstbewusstsein“ gewesen und in Russland darüber „Verstimmung“ geherrscht habe. Es kann nicht Aufgabe unserer Politik sein, allen unberechtigten Forderungen des überspannten Selbstbewusstseins einer uns durchaus nicht freundlichen Macht auf Kosten unserer Bundesgenossen Geltung zu verschaffen. Für Russland liegen an der Adria keine vitalen Interessen vor, wohl aber für unsere Bundesgenossen. Hätten wir uns, wie Fürst Lichnowsky zu wollen scheint, durchweg auf den russischen Standpunkt gestellt, so wäre das Ergebnis eine Demütigung Oesterreich-Ungarns und damit eine Schwächung unserer Gruppe gewesen. Fürst Lichnowsky scheint immer nur besorgt, dass Russland nicht gedemütigt werde, eine Demütigung Oesterreichs ist ihm offenbar gleichgültig.

Wenn Fürst Lichnowsky sagt, dass unsere „Austrophilie“ nicht geeignet gewesen wäre, „Rußland seinen asiatischen Interessen zuzuführen,“ so ist mir nicht recht klar, was damit gemeint sein soll. Nach einer missglückten Diversion nach Ostasien — im japanischen Kriege hatten wir Russland begünstigt, ohne je Dank zu ernten! — hat Russland gerade seine auf den europäischen Orient (Balkan und Konstantinopel) gerichtete Politik mit verstärktem Impuls wieder aufgenommen. (Balkanbund, Buchlau, Iswolski usw.).

Balkankonferenz und zweiter Balkankrieg.

Staatsminister a. D. von Jagow:

Der schlaue Kretenser Venizelos mit dem „Bande des Roten Adlerordens“ hat unserm Botschafter wohl etwa Sand in die Augen zu streuen gewusst. Er ist im Gegensatz zu König Konstantin und Theototy immer ententefreundlich gewesen. Seine jetzige Haltung hat diese seine Gesinnung in hellstem Lichte gezeigt. Herr Danew aber war ganz nach Petersburg orientiert.

Dass Graf Berchtold gewisse Neigungen für Bulgarien auch in dessen Differenzen mit Rumänien an den Tag legte, ist richtig; dass wir dies „natürlich mit ihm“ getan, ist aber durchaus falsch. Mit unserer Begünstigung hatte König Carol die Genugtuung des Bukarester Friedens. Wenn somit hinsichtlich des Bukarester Friedens, bei welchem wir die Wünsche und die Interessen des uns verbündeten Rumäniens begünstigt haben, unsere Politik etwas von der Wiener abwich, so hat das österreichisch-ungarische Kabinett doch ganz sicher nicht geglaubt — wie Fürst Lichnowsky behauptet — bei „einer Revision desselben auf unsere Unterstützung rechnen zu können“. Dass Marquis San Giuliano „uns davor gewarnt haben soll, schon im Sommer 1913 in einen Weltkrieg verwickelt zu werden“, weil damals in Oesterreich „der Gedanke eines Waffenganges gegen Serbien“ Eingang gefunden hätte, ist mir ganz unbekannt. Ebenso wenig weiß ich, dass Herr von Tschirschky — der allerdings von Natur etwas zum Pessimismus neigte — im Frühjahr 1914 erklärt haben soll, es gäbe bald Krieg. Ueber die „wichtigsten Vorgänge“, welche Fürst Lichnowsky hier vermutet, habe ich mich also in der gleichen Unkenntnis befunden, wie er selbst! Vorgänge, wie der englische Besuch in Paris — der erste Sir Edward Greys auf dem Kontinent — werden dem Botschafter ja bekannt gewesen sein, und von dem geheimen russisch-englischen Marineabkommen haben wir ihm Mitteilung gemacht — er wollte allerdings nicht daran glauben!

In der Angelegenheit Liman von Sanders haben wir Russland durch Verzicht auf die Kommandogewalt des Generals über Konstantinopel eine weitgehende Konzession gemacht. Ich will zugeben, dass dieser Punkt des Abkommens über die Militär-Mission politisch nicht opportun war.

Fürst Lichnowsky:

Die bedeutendste Persönlichkeit war wohl Herr Venizelos. Er war damals nichts weniger als deutschfeindlich, besuchte mich wiederholt und trug mit Vorliebe und sogar in der französischen Botschaft, das Band des Roten Adler-Ordens.

Graf Berchtold (und natürlich wir mit ihm) war ganz auf seiten Bulgariens. Sonst wäre es wohl gelungen, den den Rumänen

Es ist anzunehmen, dass Marquis San Giuliano, der den Plan als eine „periculosissima aventura“ sehr treffend gekennzeichnet hat, uns davor gewarnt hat — schon im Sommer 1913 — in einen Weltkrieg verwickelt zu werden.

Als einer meiner Herren im Frühjahr 1914 vom Urlaub aus Wien zurückkehrte, erzählte er mir, Herr von Tschirschky habe erklärt, es gäbe bald Krieg . . . Da ich aber über wichtige Vorgänge in Unkenntnis gelassen wurde, hielt ich diesen Pessimismus für unbegründet.

Kolonial-Vertrag.

Staatsminister a. D. von Jagow:

Wenn Fürst Lichnowsky sich rühmt, dass es ihm gelungen sei, dem Vertrag eine unseren Wünschen entsprechende Form zu geben, so soll ihm dies Verdienst nicht genommen werden, es bedurfte allerdings verschiedentlich starken Druckes, um ihn zu bewegen, einzelne unserer Wünsche mit mehr Nachdruck zu vertreten.

Wenn Fürst Lichnowsky sagt, dass er die Ermächtigung zum endgültigen Abschluss des Vertrages erhalten habe, nachdem er vorher behauptet, „der Vertrag war somit gefallen“, so enthält das einen Widerspruch, dessen Erläuterung dem Fürsten überlassen werden kann. Lichnowskys Behauptung aber, dass wir die Veröffentlichung hinausgezogen hätten, weil der Vertrag für ihn „ein öffentlicher Erfolg“ gewesen wäre, den wir ihm nicht gegönnt hätten, ist eine unerhörte Insinuation, die sich nur aus seiner egozentrischen Auffassung der Dinge erklären lässt. Der Vertrag hätte seine praktische und moralische Wirkung verfehlt — einer seiner Hauptzwecke war, eine gute Atmosphäre zwischen uns und England zu schaffen — wenn seine Veröffentlichung von heftigen Angriffen gegen das „perfidie Albion“ in unserer anglophoben Presse und in unserem Parlament begrüßt worden wäre. Hierzu hätte aber bei unserer damaligen inneren Lage die gleichzeitige Bekanntgabe des sogenannten Windsor-Vertrages unzweifelhaft Anlass gegeben. Und das Geschrei über englische Heimtückischkeit, das der innere Widerspruch zwischen dem Wortlaut des Windsor- und unserem Vertrage zweifellos hervorgerufen hätte, hätte sich vor unserer öffentlichen Meinung durch die Versicherung englischer bona fides schwerlich entkräften lassen. In berechtigter Vorsicht beabsichtigten wir die Veröffentlichung erst in einem geeigneten Moment eintreten zu lassen, wo die Gefahr abfälliger Kritik nicht mehr so akut war, wenn möglich, gleichzeitig mit der Bekanntgabe des Bagdad-Vertrages, der auch kurz vor dem Abschluss stand. Die Tatsache, dass zwischen England und uns zwei grosse Agreements zustande gekommen wären, hätte die Aufnahme wesentlich begünstigt und auch über den Schönheitsfehler des portugiesischen Abkommens leichter hinweggeholfen. Es war Rücksicht auf den Effekt des Abkommens, mit dem wir eine Besserung unserer Beziehungen zu England, aber keine neue Trübung zu erzielen wünschten, welches unser Zögern verursachte.

Richtig ist, dass — wenn auch in zweiter Linie — auch Rücksicht auf die gerade damals erstrebte Erwerbung von wirtschaftlichen Interessen in den portugiesischen Kolonien mit-sprachen, welche bei Bekanntwerden des Abkommens natürlich schwerer zu verwirklichen gewesen wären. Diese Bedingungen mag Fürst Lichnowsky von London aus nicht voll zu übersehen in der Lage gewesen sein, er hätte aber unserem sachlichen Urteil vertrauen und sich dabei bescheiden müssen, statt seinen Mangel an Verständnis durch Verdächtigungen und Unterschiebung persönlicher Motive zu ersetzen. Für unsere Argumente hätte er gerade bei den englischen Staatsmännern gewiss Verständnis gefunden.

Die Reden des Botschafters erregten bei uns zu Lande vielen Anstoss. Es war für die Herstellung einer besseren Atmosphäre, in der allein die erstrebte Annäherung gedeihen konnte, erforderlich, dass auch in unserer öffentlichen Meinung Vertrauen zu unserer englischen Politik und unserem Londoner Vertreter sich verbreitete. Dieses Moment hat der sonst für die öffentliche Meinung so zugängliche Fürst

Fürst Lichnowsky:

Dank der entgegenkommenden Haltung der britischen Regierung gelang es mir, dem neuen Vertrag eine unseren Wünschen und Interessen durchaus entsprechende Form zu geben.

Der Vertrag, der so ausserordentliche Vorteile bot, das Ergebnis einer mehr als einjährigen Arbeit, war somit gefallen, weil er für mich ein öffentlicher Erfolg gewesen wäre.

Im Auswärtigen Amte aber, wo meine Londoner Erfolge zunehmendes Missvergnügen erregten und wo eine einflussreiche Persönlichkeit die Rolle des Herrn von Holstein spielte, den Londoner Posten für sich in Anspruch nahm, erklärte man, die Veröffentlichung gefährde unsere Interessen in den Kolonien, da die Portugiesen uns alsdann keine Chancen mehr geben würden.

Es wurde mir von Leuten, die britische Verhältnisse verkennen und die Bedeutung der public dinners nicht würdigen, und auch von solchen, denen meine Erfolge unerwünscht waren, der Vorwurf gemacht, ich habe durch meine Reden geschadet. Ich glaube vielmehr, dass mein öffentliches Auftreten und die Betonung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen nicht unwesentlich zur Besserung der Beziehungen beigetragen hat,

Lichnowsky genügend in Rechnung gestellt, denn er sah alles nur durch seine Londoner Brille. Die Anklagen gegen die Haltung des Amtes sind zu haltlos, um darauf einzugehen. Nur möchte ich feststellen, dass der Fürst Lichnowsky über die „wichtigsten Dinge“, soweit sie für seine Mission von Belang waren, nicht in Unkenntnis gelassen worden ist. Ich habe im Gegenteil die Botschafter allgemein viel weitgehender orientiert, als das früher der Brauch gewesen war. Meine eigenen Erfahrungen als Botschafter hatten mich hierzu veranlasst. Aber bei Lichnowsky bestand die Neigung, sich mehr auf seine eigenen Eindrücke und Urteile zu verlassen, als auf die Mitteilungen und Weisungen der Zentralstelle. Die Quellen unserer Nachrichten mitzuteilen, hatte ich freilich nicht immer Anlass noch Befugnis. Hier lagen ganz bestimmte Rücksichten vor, insbesondere die Sorge um die Kompromittierung unserer Quellen. Die Denkschrift des Fürsten ist die beste Rechtfertigung für die in dieser Hinsicht geübte Vorsicht.

abgesehen davon, dass es ungeschickt und unhöflich gewesen wäre, alle Einladungen abzulehnen.

Die Wut gewisser Herren über meine Londoner Erfolge und über die Stellung, die ich mir in kurzer Zeit machen konnte, war unbeschreiblich. Schikanöse Erlasse wurden erlassen, um mein Amt zu erschweren. Ich blieb in völliger Unkenntnis der wichtigsten Dinge und wurde auf die Mitteilung belangloser langweiliger Berichte beschränkt. Geheime Agenten, Nachrichten über Dinge, die ich ohne Spionage und die nötigen Fonds nicht erfahren konnte, waren mir niemals zugänglich, und erst in den letzten Tagen des Juli 1914 erfuhr ich zufällig

Kriegsfall.

Staatsminister a. D. von Jagow:

Es ist nicht richtig, dass im Amt die Berichte, England werde unter allen Umständen die Franzosen schützen, nicht Glauben gefunden hätten.

Fürst Lichnowsky:

Ich hatte bald nach meiner Ankunft die Ueberzeugung gewonnen, dass wir unter keinen Umständen einen englischen Angriff oder eine englische Unterstützung eines fremden Angriffs zu befürchten hätten, dass aber unter allen Umständen England die Franzosen schützen würde. Diese Ansicht habe ich in wiederholten Berichten und mit ausführlicher Begründung und grossem Nachdruck vertreten, ohne jedoch Glauben zu finden, obwohl die Ablehnung der Neutralitätsformel

Serbische Krise.

Staatsminister a. D. von Jagow:

In Konopischt (Besuch Seiner Majestät des Kaisers beim Erzherzog Thronfolger) ist kein Plan einer aktiven Politik gegen Serbien festgelegt. Erzherzog Franz Ferdinand war überhaupt nicht der Befürworter einer zum Kriege führenden Politik, für den er vielfach gegolten hat. Während der Londoner Konferenz hat er zur Mässigung und Vermeidung des Krieges geraten.

Der „Optimismus“ des Fürsten Lichnowsky war wenig berechtigt, wie er sich inzwischen wohl selbst durch die Enthüllungen des Suchomlinow-Prozesses überzeugt haben wird. Auch das geheime russisch-englische Marineabkommen (von welchem ihm, wie gesagt, Kenntnis gegeben war) hätte ihn skeptischer stimmen können. Das vom Reichskanzler und Unterstaatssekretär geäusserte Misstrauen war leider sehr begründet. Wie stimmt damit die Behauptung überein, dass wir, auf die Berichterstattung des Grafen Pourtalès fussend, „Russland werde sich unter keinen Umständen rühren“, nicht an die Möglichkeit eines Krieges gedacht hätten? Graf Pourtalès hat übrigens meines Erinnerns nie so berichtet.

Dass Oesterreich-Ungarn gegen die fortgesetzten, von Russland (Herrn von Hartwig) geschürten Provokationen, die mit dem Attentat von Sarrajewo den Höhepunkt erreichten, einschreiten wollte, mussten wir als berechtigt anerkennen.

Fürst Lichnowsky:

Ob der Plan einer aktiven Politik gegen Serbien schon in Konopischt festgelegt wurde, kann ich nicht wissen. Da ich über Wiener Absichten und Vorgänge nicht unterrichtet war, mass ich dem Ereignis keine weitgehende Bedeutung bei.

Herr von Bethmann Hollweg schien meinem Optimismus nicht zu teilen und beklagte sich über russische Rüstungen. Ich suchte ihn zu beruhigen und betonte namentlich, dass Russland gar keine Interesse daran habe, uns anzugreifen, und dass ein solcher Angriff auch niemals die englisch-französische Unterstützung finden würde, da beide Länder den Frieden wollten. Darauf ging ich zu Herrn Dr. Zimmermann, der Herrn von Jagow vertrat, und erfuhr von ihm, dass Russland im Begriff sei, 900 000 Mann neuer Truppen aufzustellen. Aus seinen Worten ging eine unverkennbare Misstimmung gegen Russland hervor, das uns überall im Wege sei.

Angesichts dieser Haltung, die, wie ich später erfuhr, auf Berichten des Grafen Pourtalès fussten, dass Russland unter keinen Umständen sich rühren würde, und die uns veranlassten, den Grafen Berchthold zu möglichster Energie anzufernen, erhoffte ich die Rettung von einer englischen Vermittlung.

Trotz aller bisherigen Ausgleichs und Beilegungen drohender Konflikte gab Russland seine Politik, die auf völlige Ausschaltung des österreichischen Einflusses (und natürlich auch des unseren) im Balkan hinzielte, nicht auf. Die russischen Agenten, von Petersburg inspiriert, wühlten weiter. Es handelte sich um eine Prestige- und Existenzfrage der Donaumonarchie. Entweder sie musste vor den russisch-serbischen Treibereien die Segel streichen oder ein „quos ego“ gebieten, sei es auch mit dem Risiko eines Krieges. Wir konnten unseren Bundesgenossen nicht im Stich lassen. Wollte man die ultima ratio des Krieges überhaupt ausschliessen, so hätte das Bündnis nicht geschlossen werden sollen. Es war zudem klar, dass die russischen Rüstungen (z. B. Ausbau der Eisenbahnen und Festungen in Polen), zu denen das revanchelüsterne Frankreich das Geld geliehen hatte, und die in wenigen Jahren beendet sein sollten, sich hauptsächlich gegen uns richteten. Aber trotz alledem, trotz der immer deutlicher zutage tretenden aggressiven Tendenz der russischen Politik, hat uns der Gedanke eines Präventivkrieges ferngelegen. Wir haben uns zur Kriegserklärung an Russland erst angesichts der russischen Mobilmachung und zur Abwehr eines russischen Einfalls entschlossen.

Den Briefwechsel mit dem Fürsten — es handelte sich um Privatbriefe — habe ich nicht zur Hand. Lichnowsky plädierte für eine Preisgabe Oesterreichs. Ich erwiderte, soweit ich mich erinnere, dass wir — abgesehen von der vertraglichen Verpflichtung — unseren Verbündeten nicht für die ungewisse Freundschaft Englands opfern könnten. Gaben wir unseren einzig zuverlässigen Bundesgenossen preis, so hätten wir später ganz isoliert der Entente gegenübergestanden. Dass „Russland immer deutschfeindlicher“ würde und wir „es eben riskieren“ müssten, werde ich wohl auch geschrieben haben. Es ist ferner möglich, dass ich, um Lichnowskys Nerven etwas zu stählen und ihn davon abzuhalten, seine Ansichten auch in London zur Schau zu tragen — auch geschrieben habe, etwas „Gepolter“ würde es wohl geben, „je fester wir zu Oesterreich ständen, um so eher würde Russland nachgeben.“ Dass unsere Politik nicht auf angeblichen Berichten, die den Krieg ausschlossen, beruhte, habe ich bereits gesagt; ich hielt den Krieg damals allerdings noch für vermeidlich, war mir aber, wie wir alle, der sehr ersten Gefahr voll bewusst.

Dem englischen Vorschlag einer Botschafterkonferenz konnten wir nicht zustimmen, da sie zweifellos zu einer ersten diplomatischen Niederlage geführt hätte. Denn auch Italien war serbenfreundlich und stand mit seinen Balkaninteressen mehr gegen Oesterreich. Die „Vertraulichkeit der russisch-italienischen Beziehungen“ gibt Fürst Lichnowsky selbst zu. Der beste und einzig angängige Ausweg war eine Lokalisierung des Konflikts und eine Verständigung zwischen Wien und Petersburg. Hierauf arbeiteten wir mit aller Energie hin. Dass wir auf dem Kriege „bestanden hätten“, ist eine unerhörte Behauptung, welche durch die in den Weißbüchern veröffentlichten Telegramme Seiner Majestät des Kaisers an den Zaren und an den König Georg — Fürst Lichnowsky weiss nur von „dem geradezu demütigen Telegramm des Zaren“ zu erzählen! — sowie unsere nach Wien gerichteten Instruktionen genügend entkräftet wird. Das stärkste Zerrbild bildet der Satz:

„Als endlich Graf Berchtold sich zum Einlenken entschloss, beantworteten wir die russische Mobilmachung, nachdem Russland eine ganze Woche vergeblich unterhandelt und gewartet hatte, mit dem Ultimatum der Kriegserklärung.“

Sollten wir etwa warten, bis die mobilisierte russische Armee über unsere Grenzen flutete? Die Lektüre des Suchom-

Ich warnte aber auch vor dem ganzen Projekt, das ich als abenteuerlich und gefährlich bezeichnete, und riet, den Oesterreichern Mässigung anzuempfehlen, da ich an die „Lokalisierung des Konfliktes“ nicht glaubte. Herr von Jagow antwortete mir: Russland sei nicht bereit. Etwas „Gepolter“ würde es wohl geben, aber je fester wir zu Oesterreich stehen, um so eher würde Russland zurückweichen. Oesterreich beschuldige uns schon der Flaumacherei, und so durften wir nicht „kneifen“. Die Stimmung in Russland würde andererseits immer deutschfeindlicher, und dann mussten wir es eben riskieren.

Sir Edward Grey ging die serbische Antwort mit mir durch und verwies auf die entgegenkommende Haltung der Regierung in Belgrad. Wir berieten dann seinen Vermittlungsvorschlag, der eine beiden Teilen annehmbare Auslegung dieser beiden Punkte vereinbaren sollte. Unter seinem Vorsitz waren Herr Cambon, Marquis Imperioli und ich zusammengetreten, und es wäre leicht gewesen, eine annehmbare Form für die strittigen Punkte zu finden.

Nach unserer Ablehnung bat Sir Edward Grey uns, mit einem Vorschlage hervorzutreten. Wir bestanden auf dem Krieg. Ich konnte keine andere Antwort erhalten, als dass es ein kolossales Entgegenkommen Oesterreichs sei, keine Gebietserwerbung zu beabsichtigen.

Die inständigen Bitten und bestimmten Erklärungen des Herrn Sazonow, später die geradezu demütigen Telegramme des Zaren, die wiederholten Vorschläge Sir Edwards, die Warnungen des Marquis San Giuliano und des Herrn Bollati, meine dringenden Ratschläge — alles nutzte nichts: In Berlin blieb man dabei: Serbien muss massakriert werden.

Bald darauf war Herr von Jagow in Wien, um mit Graf Berchtold alles zu besprechen.

linowprozesses wird dem Fürsten Lichnowsky jetzt wohl selbst das Gefühl gegeben haben: Oh si tacuissis! Am 5. Juli war ich von Berlin abwesend. Die Angabe, dass ich „bald darauf in Wien gewesen“ sei, „um mit Graf Berchtold alles zu besprechen,“ ist falsch. Ich kam am 6. Juli von meiner Hochzeitsreise nach Berlin zurück und habe mich von dort bis zum 15. August, dem Aufbruch des Grossen Hauptquartiers, nicht geführt. Ich bin als Staatssekretär vor dem Kriege nur einmal, im Frühjahr 1913, in Wien gewesen.

Englische Kriegserklärung.

Staatsminister a. D. von Jagow:

Ueber die verwirrende Depesche, die Fürst Lichnowsky am 1. August sandte, — ich habe den Wortlaut nicht gegenwärtig — gleitet er als „Missverständnis“ hinweg und scheint uns noch einen Vorwurf daraus machen zu wollen, dass die „Nachricht in Berlin, ohne erst die Unterredung abzuwarten, zur Grundlage einer weitgehenden Aktion gemacht“ sei. Das Schicksal des Krieges mit England hing an Minuten, gleich nach Eingang der Depesche wurde der Entschluss gefasst, dass noch in elfter Stunde ein Schritt zur Abwendung des Krieges mit Frankreich und England versucht werde. Seine Majestät sandte das bekannte Telegramm an König Georg. Der Inhalt der Lichnowskyschen Depesche konnte gar nicht anders aufgefasst werden, als wir es taten. —

Sachlich bietet die Darstellung des Fürsten Lichnowsky eine solche Fülle von Unrichtigkeiten und Verdrehungen, dass es kaum Wunder nimmt, wenn seine Konklusionen auch gänzlich verfehlt sind. Geradezu grotesk wirkt der Vorwurf, dass wir am 30. Juli auf die blosser Mobilmachung Russlands hin ein Ultimatum nach Petersburg geschickt und am 31. Juli den Russen den Krieg erklärt haben, obwohl der Zar sein Wort verpfändete, solange noch unterhandelt wird, keinen Mann marschieren zu lassen, und damit die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung geflissentlich vernichtet hätten. Zum Schluss scheint er sich fast mit dem Standpunkt unserer Feinde zu identifizieren.

Wenn der Botschafter unsere Politik der Identifizierung „mit Türken und Austromagyaren“, der „Unterordnung unter Wiener und Pester Gesichtspunkte“ beschuldigt, so kann man ihm füglich entgegnen, dass er die Dinge nur durch die Londoner Brille und ausschliesslich unter dem Gesichtswinkel der von ihm erstrebten Annäherung an England à tout prix gesehen hat. Er scheint auch ganz vergessen zu haben, dass die Entente sich vielmehr gegen uns, als gegen Oesterreich geschlossen hat.

Auch ich habe eine Politik verfolgt, die auf eine Verständigung mit England hinzielte, weil ich der Ansicht war, dass nur auf diesem Wege aus der ungünstigen Lage herauszukommen war, in die uns die ungleiche Kräfteverteilung und die Schwäche des Dreibundes brachte. Aber Russland und Frankreich drängten zum Kriege. Wir waren durch unseren Vertrag mit Oesterreich verpflichtet und in unserer Grossmachtstellung mitbedroht — hic Rhodus, hic salta. England aber, das nicht in der gleichen Weise mit Russland verbunden war, das hinsichtlich der Schonung Frankreichs und Belgiens weitgehende Zusicherungen von uns erhalten hatte, griff zum Schwert.

Ich will mir damit keineswegs die heute bei uns weitverbreitete Ansicht zu eigen machen, dass England alle Minen zum

Fürst Lichnowsky:

Noch immer sann Sir Edward Grey nach neuen Auskünften. Am 1. August vormittags kam Sir W. Tyrrell zu mir, um mir zu sagen, sein Chef hoffe noch immer einen Ausweg zu finden. Ob wir neutral bleiben wollten, falls Frankreich es auch täte? Ich verstand, dass wir dann bereit sein sollten, Frankreich zu schonen, — er aber hatte gemeint, dass wir überhaupt, also auch gegen England, neutral bleiben. Das war das bekannte Missverständnis. Es war also überhaupt kein Vorschlag, sondern eine Anfrage ohne Verbindlichkeit, da, wie ich früher schon gemeldet, bald darauf unsere Besprechung stattfinden sollte. Die Nachricht wurde aber in Berlin ohne erst die Unterredung abzuwarten, zur Grundlage einer weitgehenden Aktion gemacht.

Als endlich Graf Berchtold, der bis dahin auf Berliner Weisungen den starken Mann spielte, sich zum Einlenken entschloss, beantworteten wir die russische Mobilmachung, nachdem Russland eine ganze Woche vergeblich unterhandelt und gewartet hatte, mit dem Ultimatum und der Kriegserklärung.

Ich hatte den Widerstand gegen die wahnsinnige Dreibundpolitik aufgegeben, da ich einsah, dass er zwecklos war, und dass man meine Warnungen als Austrophobie, als fixe Idee hinstellte. In der Politik, die nicht Akrobatentum oder Aktiensport ist, sondern das Geschäft der Firma, gibt es keine „phobie“ oder „phobie“, sondern nur das Interesse des Gemeinwesens. Eine Politik aber, die sich bloss auf Oesterreicher, Magyaren und Türken stützt, muss im Gegensatz zu Russland geraten, und schliesslich zur Katastrophe führen.

Ausbruch des Krieges gelegt habe; im Gegenteil, ich glaube an die Friedensliebe Sir E. Greys und an seinen ernstesten Wunsch zu einer Verständigung mit uns zu gelangen. Aber er hatte sich zu tief in die Netze der französisch-russischen Politik verwickeln lassen, er fand nicht mehr den Ausweg und hat — was er gekonnt hätte — den Weltkrieg nicht verhindert. Der Krieg war im englischen Volke auch nicht populär, Belgien musste als Schlachtfeld dienen.

„Politische Ehen auf Leben und Tod“ sind, wie Fürst Lichnowsky sagt, im völkerrechtlichen Verbands nicht möglich. Aber Isolierungen bei dem derzeitigen Stande der Dinge in Europa auch nicht. Die europäische Geschichte besteht in Koalitionen, die teils zur Vermeidung kriegerischer Ausbrüche, teils zu gewaltsamen Zusammenstößen geführt haben. Eine Lockerung und Lösung alter, nicht allen Bedingungen mehr entsprechender Verbindungen ist erst dann angezeigt, wenn neue Konstellationen erreichbar sind. Darauf zielte die Annäherungspolitik an England. Solange sie nicht verlässliche Garantien bot, konnten wir die alten Sicherungen — auch mit ihren Verpflichtungen — nicht preisgeben.

Die Marokkopolitik hatte zu einer politischen Niederlage geführt. In der bosnischen Krise war dies glücklich vermieden worden, ebenso wie auf der Londoner Konferenz. Eine neue Minderung unseres Ansehens war für unsere europäische und Weltstellung nicht erträglich. Das Gedeihen der Staaten, ihre politischen und wirtschaftlichen Erfolge, beruhen auf dem Ansehen, das sie in der Welt genießen.

Die persönlichen Anwürfe der Schrift — die unerhörten Verdächtigungen und Schmähungen anderer — richten sich von selbst. Der immer wiederkehrende Soupçon, dass alles nur geschehen, weil man ihm, Lichnowsky, keine Erfolge gönnte, spricht von verletzter Eigenliebe, von getäuschter Hoffnung persönlicher Erfolge und wirkt peinlich.

Zum Schluss sei hier an die auch von Hermann Oncken in seiner Schrift „Das alte und das neue Mitteleuropa“ zitierte Denkschrift des Fürsten Bismarck aus dem Jahre 1879 erinnert, in der der Gedanke entwickelt wird, das Deutsche Reich dürfe es nie darauf ankommen lassen, auf dem europäischen Kontinent zwischen Russland und Frankreich neben dem niedergeworfenen und von Deutschland in Stich gelassenen Oesterreich-Ungarn isoliert zurückzubleiben. J a g o w.

Politische Ehen auf Tod und Leben geraten nur in staatsrechtlichem, nicht in völkerrechtlichem Verbands. Sie sind um so bedenklicher mit einem flüchtigen Genossen.

Die Denkschrift Lichnowskys vor dem Hauptausschuß.

Am 16. März fand im Hauptausschuß des Reichstages eine Sitzung statt, die sich mit zwei in letzter Zeit auffällig in Deutschland verbreiteten Schriftstücken befasste, welche gegen die Politik der Regierung kurz vor Ausbruch des Krieges gerichtet seien. Bei Eröffnung der Diskussion führte der Stellvertreter des Reichskanzlers Exzellenz von Payer folgendes aus:

Es handele sich in erster Linie um eine Denkschrift des Fürsten Lichnowsky vom 14. August 1916, der von 1912 bis 14 das Deutsche Reich in London vertreten habe. Sie sei datiert vom 1. August 1916 und beziehe sich auf unsere Außenpolitik seit der Zeit des Fürsten Bismarck, die der Fürst im Zusammenhang mit einer Schilderung seiner Londoner Tätigkeit niedergeschrieben habe. Ueber ihre Entstehung und Veröffentlichung habe er sich selbst am 5. d. M. dem Herrn Reichskanzler gegenüber folgendermassen geäußert:

„Euerer Exzellenz

ist es bekannt, dass rein private Aufzeichnungen, die ich im Sommer 1916 niederschrieb, durch einen unerhörten Vertrauensbruch den Weg in weitere Kreise gefunden haben.

Zur Erläuterung der Angelegenheit darf ich nachstehendes berichten:

Es handelt sich im wesentlichen um subjektive Betrachtungen über unsere gesamte Außenpolitik seit dem Berliner Kongresse. Ich erblickte in der seitherigen Abkehr von Russland und in der Ausdehnung der Bündnispolitik auf orientalische Fragen die eigentlichen Wurzeln des Weltkrieges. Daran anschliessend unterzog ich auch unsere Marokko- und Flottenpolitik einer kurzen Beleuchtung.

Meine Londoner Mission konnte hierbei naturgemäss um so weniger unberücksichtigt bleiben, als ich das Bedürfnis empfand, der Zukunft gegenüber und zu meiner eigenen Rechtfertigung die Einzelheiten meiner dortigen Erlebnisse und Eindrücke zu notieren, ehe sie meiner Erinnerung entschwanden.

Diese gewissermassen nur für das Familienarchiv bestimmten Aufzeichnungen, die ich ohne Aktenmaterial oder Notizen aus der Zeit meiner amtlichen Tätigkeit aus dem Gedächtnisse niederschrieb, glaubte ich einigen ganz wenigen politischen Freunden, zu deren Urteil ich das gleiche Vertrauen besass wie zu ihrer Zuverlässigkeit, gegen die Zusicherung unbedingter Verschwiegenheit zeigen zu können.

Leider hat einer dieser Herren ohne mein Wissen einem in der politischen Abteilung des Generalstabes angestellten und mir unbekanntem Offizier, der sich für die einschlägigen Fragen lebhaft interessierte, meine Schrift zu lesen gegeben.

In völliger Verkennung der Tragweite seines Schrittes hat letzterer die Schrift vervielfältigt und an eine Reihe mir meist unbekannter Persönlichkeiten verschickt.

Als ich den Unfug erfuhr, war es leider schon zu spät, um alle ausgegebenen Exemplare restlos einziehen zu können. Ich habe mich dem damaligen Reichskanzler, Herrn Dr. Michaelis, daraufhin zur Verfügung gestellt und ihm mein tiefstes Bedauern über die ganze peinliche Angelegenheit zu erkennen gegeben. In steter Fühlung mit dem Auswärtigen Amt bin ich seither bestrebt gewesen, der weiteren Verbreitung meiner Betrachtungen möglichst entgegenzuwirken, leider ohne den gewünschten Erfolg.

Euerer Exzellenz wollen mir gestatten, mein bereits mündlich vorgebrachtes lebhaftes Bedauern über den höchst ärgerlichen Vorfall noch in dieser Form zu erneuern.

In aufrichtiger Verehrung

Euerer Exzellenz

ganz gehorsamer

gez. Lichnowsky.

Sr. Exzellenz dem Reichskanzler Herrn Grafen von Hertling.“

Mittlerweile habe der Fürst sein Abschiedsgesuch eingereicht und bewilligt erhalten, und da ihm zweifellos keine böse Absicht vorgelegen habe, sondern es sich mehr um eine Unvorsichtigkeit gehandelt habe, habe man davon abgesehen, weiter gegen den Fürsten vorzugehen. Wohl aber müsse gegen einzelne seiner Darstellungen und Behauptungen auch im Hauptausschuß Widerspruch erfolgen. Das gelte namentlich von den Behauptungen über die politischen Vorgänge in den letzten Monaten vor Ausbruch des Krieges. Diese Vorgänge seien dem Fürsten aus eigener Wissenschaft nicht bekannt. Es seien ihm anscheinend von dritter, falsch unterrichteter Seite unzutreffende Informationen zugegangen, welche Möglichkeit der Fürst auch selbst zugegeben habe.

Als Schlüssel für die Irrtümer und die Fehlschlüsse der Denkschrift sei vielleicht auch noch die auffällige Ueberschätzung der eigenen Verdienste durch den Fürsten heranzuziehen, die von einem förmlichen Hass gegen diejenigen begleitet sei, die seine Leistungen nicht so anerkennen, wie er es erwarte. An mehr als einer Stelle deute er an, dass für diese in erster Linie für ihre Entscheidung nicht sachliche Erwägungen massgebend gewesen seien, sondern die Frage, ob ihre Stellungnahme ihm nützen oder schaden, angenehm oder unangenehm sein könnte. Uebereinstimmend mit diesem Zuge ziehe sich durch die ganze Denkschrift hindurch eine auffällige Verehrung für die fremden Diplomaten, namentlich die

englischen, die wahrhaft liebevoll geschildert würden, und im Gegensatz dazu eine ebenso auffällige Gereiztheit gegen fast sämtliche deutschen Staatsmänner. Das Resultat sei gewesen, dass der Fürst in nicht seltenen Fällen gerade die eifrigsten Gegner Deutschlands als dessen beste Freunde angesehen habe, weil sie sich mit ihm persönlich gut gestellt hätten. Bei einer solchen Verkenning der Menschen sei es kein Wunder, dass der Fürst bei seiner Darstellung zu falschen Schlüssen gekommen sei. So gebe er selbst zu, dass er der Ermordung des österreichischen Thronfolgers zunächst keine weitergehende Bedeutung beigemessen und es übel vermerkt habe, dass man in Berlin die Lage anders beurteilt habe. Schon dieser Irrtum allein mache es erklärlich, dass der Fürst kein ungetrübtes Verständnis für die folgenden Ereignisse und deren Bewertung gehabt habe.

Im einzelnen gehe aus der Denkschrift hervor, dass der Fürst schon im Sommer 1914, wie bei Abfassung der Denkschrift die Ansicht vertreten haben wolle, dass trotz der Ermordung des österreichischen Thronfolgers der Friede hätte von der deutschen Regierung durch Einwirkung auf Oesterreich aufrechterhalten werden können, wenn sie nur die Friedensliebe Englands genügend ausgenützt hätte; von Russland wäre, wenn dies geschehen wäre, ein militärisches Eingreifen kaum zu erwarten gewesen. Wie falsch eine solche Politik gewesen wäre, sei jetzt durch die Aufklärungen des Suchomlinow-Prozesses überzeugend festgestellt.

Die angeblichen Tatsachen, auf die der Fürst sich zur Rechtfertigung seiner Politik berufe, ständen im einzelnen vielfach in direktem Widerspruch mit der objektiv festzustellenden Wahrheit. Redner führte dies im einzelnen aus. So bezüglich der Behauptung des Fürsten, dass Graf Moltke zum Krieg gedrängt habe, bezüglich des am 5. Juli 1914 in Potsdam abgehaltenen Kronrats und der Versendung eines österreichischen Protokolls über den angeblichen Kronrat an den Grafen Mensdorff nach London, in welchem Protokoll der Zusatz enthalten gewesen sei: Es werde nichts schaden, wenn auch daraus ein Krieg mit Russland entstehe. Diese sämtlichen Behauptungen seien nachweisbar falsch. Ebenso die Behauptung, dass der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amts im Juli 1914 in Wien gewesen sei, wie die Behauptung, Graf Pourtalès habe berichtet, Russland werde sich unter keinen Umständen rühren. Wie unbegründet die Klagen des Fürsten darüber seien, dass man nicht seiner Anregung entsprechend die serbische Krise durch eine Konferenz zu beendigen versucht habe, sei jetzt unverkennbar, und die Verhandlungen des Suchomlinow-Prozesses hätten gezeigt, wie unbegründet seine Vorwürfe seien, dass Deutschland die russische Mobilmachung mit dem Ultimatum und der Kriegserklärung beantwortet habe. Ebenso sei es mit der Behauptung, die deutsche Regierung habe alle Vermittlungsvorschläge Englands abgelehnt. Ganz besonders dringend sei von Berlin aus der letzte Vermittlungsvorschlag Sir Edward Greys in Wien befürwortet worden, wie aus den Instruktionen hervorgehe, die der Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 9. November 1914 im Hauptausschuss bekanntgegeben habe. Unglücklicherweise für den Fürsten habe er seine Denkschrift drei Monate zu früh verfasst. Wie wenig die Vorwürfe des Fürsten gegen die Friedensliebe der deutschen Politik begründet seien, beweise er selbst in der Denkschrift durch Erzählung eines Vorgangs am 1. August 1914. Damals habe der Fürst infolge eines telephonischen Missverständnisses von London aus berichtet, Sir Edward Grey habe an ihn

die Frage gerichtet, ob Deutschland Frankreich nicht angreifen würde, falls es in einem deutsch-russischen Kriege neutral bleibe. Sofort nach Eintreffen dieses Telegramms sei von Berlin aus das bekannte Telegramm des Kaisers an den König von England abgegangen, in welchem Deutschland sich erboten habe, auf den englischen Vorschlag einzugehen, falls England mit allen seinen Kräften die bedingungslose Neutralität Frankreichs garantieren wolle. Dass die Meldung des Fürsten irrtümlich gewesen war, ändere an der Bewertung des deutschen Schrittes nichts. Wenn die Denkschrift von einer Verständigung mit England rede, so müsse zur Vermeidung von Irrtümern betont werden, dass diese sich nur auf die Bagdadbahn und auf die portugiesischen Kolonien bezogen hätten; eine Gesamtverständigung mit England sei angesichts der damaligen europäischen Verhältnisse, namentlich angesichts des unbedingten Festhaltens Englands an der Entente politik, wie es in den Verhandlungen über das englisch-russische Marineabkommen zum Ausdruck gekommen sei, entgegen der Behauptung des Fürsten begreiflicherweise nicht zustande gekommen.

Der Zweck der Denkschrift im ganzen sei offenkundig. Sie sollte dem Leser zeigen, eine wieviel bessere und einsichtiger Politik der Verfasser gemacht und wie er dem Reiche den Frieden gesichert hätte, wenn man seinen Ratschlägen gefolgt wäre. Aus diesem Glauben an sich werde dem Fürsten niemand einen Vorwurf machen. Es sei ihm auch freigestanden, sich Aufzeichnungen über die Vorgänge und über seine Stellung zu denselben zu machen. Aber dann hätte er die unbedingte Verpflichtung gehabt, dafür zu sorgen, dass sie nicht an die Öffentlichkeit kommen können, und so klein der von ihm in Aussicht genommene Leserkreis gewesen sein möge, hätte er doch die Verpflichtung gehabt, nichts den ihm bekannten Tatsachen Widersprechendes zu behaupten und das ihm zugelegene Tatsachenmaterial zu prüfen. So wie die Dinge jetzt lägen, werde die Denkschrift, die doch nur beweisen solle, dass die Weltgeschichte nur deshalb in falsche Bahnen gelenkt worden sei, weil man andernfalls ihn, den Fürsten, um seinen Erfolg beneidet hätte, bei den Uebelwollenden wie bei den Oberflächlichen Schaden genug stiften. Irgendwelchen historischen Wert habe die Denkschrift nicht, sie sei auch nicht bestimmt dazu, der objektiven Wahrheit zu dienen, sondern lediglich den subjektiven Zwecken eines einzelnen.

Des weiteren handle es sich um ein in Briefform gekleidetes, an eine grössere Anzahl von Personen versandtes und seither stark vervielfältigtes Rundschreiben, eines zurzeit sich in der Schweiz aufhaltenden Dr. Mühlön, der zur Zeit des Kriegsausbruchs Mitglied des Kruppschen Direktoriums gewesen sei. Die Echtheit sei bis jetzt nicht bestritten worden. Die Zeit der Abfassung sei nicht bekannt. Dr. Mühlön sei nach dem Brief in der zweiten Hälfte Juli 1914 hintereinander bei zwei bekannnten Herren in hervorragender Stellung gewesen und erzählte nun angebliche Aeusserungen derselben, aus denen er den Schluss zieht, dass es der deutschen Regierung im Juli 1914 an dem Friedenswillen gefehlt habe. Die beiden Herren hätten sich schriftlich dahin geäußert, dass es sich bei Dr. Mühlön um einen nervenkranken Mann handle, der schon zur Zeit seiner Tätigkeit in Essen nicht habe in einen Raum eintreten können, in dem mehrere ihm unbekannnte Herren versammelt seien, und der nach seinem Austritt aus dem Direktorium wiederholt mit seinen Nerven zusammengebrochen sei und längere Zeit ausschliesslich seiner Erholung habe leben müssen. Eine absichtliche Schädigung des Vaterlandes durch

denselben nehmen sie nicht an, widersprechen dagegen bestimmt den ihnen in den Mund gelegten Aeusserungen, aus denen Dr. Mühlon seine Schlüsse ziehen wollte. Sie könnten seine Niederschrift nur als pathologisch bezeichnen. Er müsse Dinge, die er von anderen oder zu einer späteren Zeit gehört oder sich in seiner Phantasie zurechtgelegt habe, mit dem Inhalt der tatsächlich stattgefundenen Unterredungen zusammengeworfen haben. Eine Nachprüfung der angeblichen Behauptungen der Herren, soweit sie objektiv kontrollierbar gewesen seien, habe auch ergeben, dass die behaupteten Aeusserungen nicht gefallen sein könnten, da sie mit den Tatsachen in unlösbarem Widerspruch ständen. Fast unvereinbar mit den Behauptungen des Briefes sei auch die Tatsache, dass Dr. Mühlon, ein ausgesprochener Vertreter pazifistischer Ideen, von Kriegsausbruch ab noch längere Zeit dem Auswärtigen Amte im Ausland Dienste geleistet habe, obwohl er, wie er jetzt behauptet, schon im Jahre 1914 gewusst haben wolle, dass das Deutsche Reich damals mit zum Kriege getrieben habe. Er habe auch im Mai 1917 seine fernere Tätigkeit im Interesse des Reiches nicht etwa mit Rücksicht auf die damalige Stellung der deutschen Regierung gekündigt, sondern weil er seit 1917 jede Hoffnung aufgegeben habe, dass es den derzeitigen Leitern des Deutschen Reiches ernstlich um den Frieden zu tun sei. Nach dieser ganzen Sachlage könnte den Erzählungen des Dr. Mühlon kein weiteres Gewicht beigemessen werden, als die beiden Herren, die die angeblichen Aeusserungen getan haben sollen, ihnen beimessen, sie seien Aeusserungen eines kranken Gemüts.

In der anschliessenden Diskussion erklärte der Abgeordnete Gröber, die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky sei ein so merkwürdiges Aktenstück, dass bei jedem der Eindruck entstehe, hier schreibe ein Herr, der von geradezu krankhafter Eitelkeit erfüllt sei und aus diesem Gesichtswinkel alles betrachte und beurteile. Man müsse sich wundern, wie ein solcher Mann zum Diplomaten gemacht und ausgerechnet in der kritischsten Zeit auf den schwierigsten Posten in London gestellt werden konnte.

Zweifellos werde diese Broschüre für unser Vaterland sehr schädlich wirken. Wenn man auch alle Behauptungen objektiv widerlegen könne, so werde man im Auslande sagen, es sei doch wahr, es habe ja der deutsche Botschafter in London geschrieben. Wenn der Fürst Lichnowsky die Denkschrift nur für sein Familienarchiv bestimmt hätte, dann würde er sie nicht einem halben Dutzend Leuten mitgeteilt haben. Das begründe an und für sich schon eine schwere Verantwortung für ihn. Liege da nicht Anlass vor, von den Disziplinar Mitteln Gebrauch zu machen?

Von dem Falle Mühlon habe er nach den Darlegungen des Vizekanzlers die Ueberzeugung gewonnen, dass den Behauptungen des Verfassers die Angaben zweier glaubwürdiger Männer entgegenständen, so dass man nicht im Zweifel sein könne, auf welcher Seite die Wahrheit sei.

Der Abgeordnete Scheidemann betonte, dass die sozialdemokratische Partei die Grundursache des Krieges in der ganzen modernen Weltmachtspolitik sähe, die von allen Staaten betrieben werde. Die Sozialdemokratie habe dafür den Ausdruck Imperialismus geprägt. Eine Debatte über das etwaige Verschulden der Diplomatie des eigenen Landes über den Ausbruch eines Krieges, dessen eigentlichen Grund der Imperialismus bilde, habe im Augenblick wenig Zweck. Wenn es wahr wäre, dass etwa Herr von Jagow oder der Feldmarschall von Moltke die Schuld am Kriege trage, und

dass namentlich der letztere zum Krieg gedrängt habe, eigentlich nur, um Herrn Lichnowsky zu ärgern, so wäre er damit einverstanden, dass diese oder irgend ein anderer Schuldiger auf die Anklagebank kämen, namentlich dann, wenn dadurch die Beendigung des Krieges herbeigeführt werden könne. Das sei aber leider nicht der Fall.

Bezüglich des Falles Mühlon könne er sich kurz fassen. Im Falle Lichnowsky könne man die Behauptungen der Denkschrift nachprüfen. Im Falle Mühlon müsse man sich mit dem begnügen, was die anderen Herren gesagt haben.

Die Broschüre, in der Fürst Lichnowsky Deutschland die Schuld am Krieg zuzuschreiben versuche, könne seines Erachtens nur Eindruck auf sogenannte „Nurpazifisten“ machen. Für einen Diplomaten sei diese Broschüre geradezu Blamage. Redner gab einige Stichproben aus der Broschüre, welche die Unzuverlässigkeit und die lächerliche Eitelkeit des Fürsten dartäten. Nach Lichnowsky seien alle feindlichen Diplomaten Prachtkerle. Unsere Diplomaten dagegen seien mit Ausnahme natürlich von Lichnowsky Trottel und schlechte Menschen, die dem Fürsten Lichnowsky seine „grossen Erfolge“ in London nicht gönnten. Wie der Redner näher darlegte, befänden sich auch mehrfach falsche Daten in der Broschüre, der Krieg an Russland sei z. B. nicht am 31. Juli erklärt worden, sondern am 1. August. Leider gäbe es zahlreiche Fälle, die bewiesen, dass unsere diplomatische Vertretung im Auslande versagt habe. Sie müsse von Grund auf reformiert werden.

Der Abgeordnete Dr. Müller-Meinigen führte aus: Es sei ein Segen, dass die Giftbombe jetzt durch uns zur Explosion gekommen sei, sonst hätte sie viel Unheil angerichtet. Im Auslande sei man im Besitze des Materials und warte den psychologischen Augenblick zur Ueerraschung mit den beiden Schriftstücken ab. Die Kennzeichnung der Lichnowskyschen Denkschrift hier sei eine geradezu vernichtende gewesen, trotzdem dürfe die Wirkung der Veröffentlichung im systematisch getäuschten Auslande nicht unterschätzt werden. Der Fürst Lichnowsky sei einer der Favoriten für den Reichskanzlerposten gewesen und an den höchsten Stellen hoch angesehen. Das diplomatische System sei es, das hier zusammengebrochen wäre. Hoffentlich lerne man daraus. Dringend nötig sei die Ergänzung unseres Weissbuches.

Er sei trotz Mühlon und Lichnowsky felsenfest überzeugt, dass die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes, der Reichskanzler, der Vertreter des Auswärtigen Amtes, wie vor allem der Deutsche Kaiser immer den Frieden haben wollten und stets gegen einen Krieg mit England waren. Bethmann Hollweg habe in Wien getan, was er konnte, um den Krieg zu verhindern. Das englische Blaubuch sei der beste Beweis dafür. Die englische und französische Regierung habe in Petersburg völlig versagt. Der Redner weist auf die Fehler der deutschen Diplomatie in Petersburg und Rom hin und verlangt die völlige Reform unseres diplomatischen Systems.

Der Abgeordnete Dr. Stresemann geht auf Fragen der Entstehung des Krieges und der diplomatischen Veränderungen nicht ein. Redner schliesst sich dem Wunsche an, dass das Weissbuch ergänzt werde, das doch ein Dokument von weltgeschichtlicher Bedeutung sei, aber angreifbar, weil wichtige Dokumente darin fehlten.

Aus der Lichnowskyschen Broschüre sei das Gravierendste schon von den Abgeordneten Gröber und Scheidemann vor-

gebracht. Man könne den Verfasser überhaupt nicht verantwortlich ernst nehmen. Dafür zeuge schon die Darstellung Sir Edward Greys bei einem Mittagessen im Hause Lichnowskys. Das Tollste an der Broschüre sei ihr Ausgang, wo Lichnowsky die Zukunft schildere und gewissermaßen in dem britischen Imperialismus das Heil der Welt erblicke. Das Kolonialabkommen mit England sei von Lichnowsky überschätzt worden. Durch die ganze Broschüre ziehe sich der Gedanke, England rein zu waschen und auf Deutschland die Schuld zu schieben. Lichnowsky hätte sich seiner Verantwortlichkeit bewusst sein müssen, die ihn davon hätte abhalten müssen, seine Schrift auch nur einem Familienmitgliede zu zeigen. Durch die Erklärungen des Vizekanzlers in dieser Beziehung sei der Redner nicht befriedigt. Bei einer Niederschrift auch für das Familienarchiv hätte Lichnowsky die amtlichen Dokumente zu Rate ziehen müssen. Dann wäre ihm etwa so Wesentliches wie die Datenverwechslung nicht untergelaufen. In allen Parteien sei man sich darüber einig, dass die Schrift als ein Machwerk anzusehen sei, das uns nicht schaden könne. Man solle offen von Lichnowsky und seinem krankhaften Ehrgeiz abrücken. Die Vertreter der Parteien hätten sich im wesentlichen der Kritik des Vizekanzlers angeschlossen.

Im Falle Mühlön ist der Redner der Meinung, dass das Angeführte wenig Veranlassung zur Erregung gibt.

Der Abgeordnete von Graefe bemerkte, es sei erfreulich, dass die Vertreter sämtlicher Parteien in der Verurteilung der bedauerlichen Vorgänge einmütig gewesen seien. Auf Einzelheiten der Lichnowskyschen Schrift ginge der Redner nicht mehr ein, da von den Vorrednern bereits genügend zitiert worden sei. Ihm käme es vielmehr darauf an, die Konsequenzen zu behandeln, die zu ziehen seien. Es schiene ihm vor allem jede allzu wohlwollende Nachsicht nicht am Platze. Der Redner nahm dann die Frage auf, wer Lichnowsky wieder aus der Versenkung hervorgeholt habe. Das sei damals Herr von Bethmann Hollweg gewesen, dessen Anschauungen die Englandpolitik des Fürsten Lichnowsky im wesentlichen entsprochen hätte. Redner lasse vorläufig dahingestellt, ob man für die Zukunft in dieser Beziehung über die Haltung der Wilhelmstrasse ganz beruhigte Empfindungen hegen könne. Für die weitere Verbreitung der Lichnowskyschen Schrift treffe eine sehr erhebliche Mitschuld gewisse demokratische Kreise, die schon damals nicht an den Weltkrieg hätten glauben wollen. Redner wolle nur den Namen Witting nennen, wenn man von der schweren Verantwortung spreche, welche diejenigen Männer treffe, die unser Vaterland bei diesen Vorgängen schwer geschädigt hätten. Mit dem Abgeordneten Müller-Meinungen stimme Redner darin überein, dass das Auswärtige Amt in seiner Zusammensetzung und seiner Methode einer gründlichen Revision unterzogen werden müsse. Im Falle Mühlön, der vom Herrn Vizekanzler erschöpfend behandelt sei, sehe Redner das Bedenklichste darin, daß jener von der Regierung wiederholt verwendet worden sei. Der Regierung sei nahezu legen, in der Auswahl derjenigen Persönlichkeiten, die sie im Ausland verwende, recht vorsichtig zu sein.

Freiherr von Gamp will auf den Fall Mühlön nicht eingehen. Es handle sich hier um einen kranken Mann, der die Wirkungen seiner Handlungen nicht übersehen konnte. Im Reichstage und im ganzen deutschen Volke würden seit vielen Jahren die erheblichsten Beschwerden über unsere Diplomatie ausgesprochen. Es müsse in der Zukunft mit dem jetzigen System gebrochen werden.

Lichnowsky sei in der Beurteilung der Engländer nur den Auffassungen seiner Vorgesetzten gefolgt. Es sei aber eine große Verfehlung des Auswärtigen Amtes, dass es nicht früher gegen seine Tätigkeit eingeschritten sei. Es sei unerklärlich, wie Fürst Lichnowsky Deutschland die Schuld an dem Kriege aufbürden könne, wenn er sich die ihm dort bekannten Tatsachen vor Augen geführt hätte.

Haldane sei in Berlin sehr liebenswürdig aufgenommen und habe Einblicke in manche Verhältnisse bekommen, die sonst niemandem gewährt seien. In England habe man ihn aber bei seiner Rückkehr wie einen Vaterlandsverräter geächtet. Ein Freund Haldanes, der englische Schriftsteller Begbie, habe in einer 1916 erschienenen Broschüre „Vindication of Great Britain“ Haldane verteidigt und anerkannt, dass unser Kaiser eine Verständigung mit England gewünscht hätte. Ueber solche Tatsachen hätte Lichnowsky unterrichtet sein und darin den Beweis finden müssen, dass Deutschland keinen Krieg mit England wollte.

Abgeordneter Haase bemerkte, dass sich die Debatte zum größten Teil mit der Persönlichkeit des Fürsten Lichnowsky beschäftigt habe und an wichtigen Fragen vorbeigegangen sei. Er nehme Abstand, auch seinerseits die offensichtlich auf persönlichem Gebiete liegenden Mängel der Lichnowskyschen Denkschrift zu kritisieren, auf die Entstehungsgeschichte des Krieges wolle er nicht eingehen. Die Debatten, die hier gepflogen worden seien, erreichten den Zweck der Aufklärung nicht, wenn der Herr Reichskanzler nicht zum mindesten den Depeschenwechsel zwischen der Regierung und dem Fürsten Lichnowsky und die sämtlichen Noten vorlege, die die deutsche Regierung mit dem Botschafter in Wien und mit der österreichischen Regierung gewechselt hat. Das Bedürfnis nach Aufklärung gebiete es, die Berichte des Fürsten Lichnowsky vorzulegen. Er beantrage die Vorlegung des gesamten Materials, wie er es wiederholt im Reichstag verlangt und auch dem Herrn Vizekanzler gegenüber angeregt habe. Solange dies nicht geschehe, hätten alle Erörterungen nur einen apologetischen Zweck.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers antwortete noch, dass die Prüfung der Frage, ob ein strafrechtliches oder disziplinarisches Verfahren gegen den Fürsten angezeigt erscheine, durch das Reichsjustizamt geprüft worden sei. Dabei habe sich ergeben, dass aus verschiedenen rechtlichen Gründen weder eine Verfolgung des Fürsten wegen diplomatischen Landesverrats im Sinne des § 92 R.St.G. noch eine solche auf Grund des § 89 R.St.G., noch eine solche auf Grund des § 353 a, des sogenannten Armparagraphen, Aussicht auf Erfolg geboten hätte. Die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Fürsten komme nach seiner Verabschiedung überhaupt nicht mehr in Betracht. Die Veröffentlichung von Artikeln in der Presse sei dem Fürsten vom Auswärtigen Amt untersagt worden, welche Bedeutung das Verbot nach seiner Verabschiedung habe, müsse zunächst dahingestellt bleiben.

Unterstaatssekretär von Stumm erwidert auf die Anfragen, wer für die Ernennung des Fürsten Lichnowsky verantwortlich sei, was sie veranlasst habe, und weshalb er von seinem Posten nicht abberufen worden sei, dass die Ernennung von Seiner Majestät dem Kaiser im Einvernehmen mit dem für die Ernennung verantwortlichen Reichskanzler erfolgt sei. Der Fürst habe eine Reihe diplomatischer Stellungen im Ausland, zuletzt als Botschaftsrat in Wien bekleidet und sei eine Zeitlang als vortragender Rat im Auswärtigen Amt beschäftigt gewesen. In all diesen Stellungen habe er

sich bewährt, so dass ein Grund, den Fürsten in die Stellung eines Botschafters nicht aufrücken zu lassen, nicht vorgelegen habe. In London hat sich der Fürst mit Eifer und Hingabe seiner Aufgabe gewidmet. Seine Urteile hätten allerdings mit den Ansichten des Auswärtigen Amtes häufig nicht übereinstimmt. Das gelte insbesondere hinsichtlich seines weitgehenden Optimismus über den Stand der deutsch-englischen Beziehungen.

Nachdem seine Hoffnungen auf Herbeiführung einer deutsch-englischen Verständigung durch den Kriegsausbruch vernichtet worden seien, sei der Fürst in einem Zustand starker Erregung nach Deutschland zurückgekehrt und habe mit seiner Kritik der deutschen Politik schon damals nicht zurückgehalten. Seine Erregung sei durch die scharfen Angriffe gesteigert worden, denen er in der deutschen Presse ausgesetzt gewesen sei, deren Aufmerksamkeit er durch sein rednerisches Hervortreten in England auf sich gerichtet habe. Diese Umstände müssten bei der Bewertung der Denkschrift in Betracht gezogen werden. Es sei nicht gerechtfertigt, aus derselben Rückschlüsse auf die Tätigkeit des Botschafters in London zu ziehen und daraus Vorwürfe gegen die Regierung herzuleiten.

Auf die Anfragen bezüglich des Weissbuches müsse er zugeben, dass es nicht sehr umfangreich sei; es sei sehr rasch zusammengestellt worden, um dem Reichstag bei seinem Zusammentritt ein klares Bild von der Schuldfrage zu geben. Diesen Zweck habe das Weissbuch erfüllt, die Belastung mit weiteren Einzelheiten würde nicht nützlich gewesen sein.

Später sei eine Ergänzung desselben erwogen worden, es habe aber die Ansicht obgesiegt, dass eine nachträgliche Ergänzung die Wirkung der ursprünglichen Veröffentlichung nur abschwächen würde.

Die Buntbücher der anderen Staaten seien zwar viel umfassender, das deutsche Weissbuch hebe sich aber von denselben insofern vorteilhaft ab, als es keine Fälschungen enthalte. Im übrigen sei die Ausgabe eines neuen Weissbuches in Vorbereitung.

Vorsitzender, Abgeordneter Fehrenbach, stellt fest, dass, wie auch der Herr Vizekanzler schon darauf hingewiesen habe, nach seiner und der Regierung Auffassung eine Verhandlung im Plenum nicht angezeigt erscheine, eine Auffassung, die auch mit der des Seniorenkonvents übereinstimme, und schlägt vor, über die heutigen Verhandlungen ein Protokoll herauszugeben unter Mitwirkung der Herren Abgeordneten Gröber, Scheidemann, Dr. Müller (Meiningen), Dr. Stresemann, von Graefe, von Gamp, Haase (Königsberg), da diese am besten beurteilen könnten, was von ihren Ausführungen zu veröffentlichen sei.

Nach einer längeren Geschäftsdebatte, an der sich die Abgeordneten Haase (Königsberg), Scheidemann, Dietrich, Prinz zu Schoenaich-Carolath, Freiherr von Gamp und Dr. Müller (Meiningen) beteiligen, werden die Verhandlungen geschlossen und die nächste Sitzung nach Bedarf angesetzt.

